

Seit Jahren ist Uganda einer der engsten Verbündeten Washingtons auf dem Kontinent. Als Belohnung für ihre Unterstützung im Anti-Terror-Kampf durfte sich die ugandische Regierung unlängst sogar um Wiederaufbau-Verträge für den Irak bewerben. Als Washington einen Weg suchte, um Waffen an sudanesischen Rebellen zu liefern, die die von den USA als Schurkenstaat gebrandmarkte Regierung in Khartum bekämpfen, fiel die Wahl auf Uganda. Im Gegenzug unterstützt die sudanesischen Regierung seit Mitte der 90er Jahre militärisch und logistisch die LRA - trotz Dementis aus Khartum.

Was sich im Norden Ugandas – und damit im Herzen des Kontinents – abspielt, ist also ein klassischer Stellvertreterkrieg, ausgetragen auf dem Rücken minderjähriger Kinder. Neben der menschlichen Tragödie fordert der Krieg große finanzielle Opfer von einem Land, das kaum die Grundversorgung seiner Bürger sicherstellen kann, und dessen Haushalt zu einem großen Teil aus westlichen Entwicklungshilfebudgets bestritten wird.

John Baptiste Odama ist der katholische Erzbischof von Gulu und Vorsitzender der interkonfessionellen Friedensbewegung „Aholi Religious Leader Peace Initiative“: „Dieser Krieg hat Uganda 1,3 Milliarden Dollar gekostet. Das ist eine gewaltige Summe. Wir haben dieses Geld zum Fenster raus geworfen. Erst zerstören wir alles – und dann geben wir noch mal soviel Geld für den Wiederaufbau aus. Deshalb plädieren wir für Friedensgespräche – die zwar dauern länger, sind aber billiger.“ (...)

Das Versagen der internationalen Gemeinschaft

Der Krieg im Norden Ugandas ist ein klassisches Beispiel für das Versagen der internationalen Staatengemeinschaft, wenn es um Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent geht. Dabei ist Ruanda nur eine Flugstunde entfernt. Lange wurde der Konflikt als eine innere Angelegenheit gewertet. Vor allem aber wollte man den Vorzeigevertreter einer viel beschriebenen „neuen Generation afrikanischer Führer“ nicht vergrätzen. Selbst die Hilfsorganisationen haben die Situation regelrecht verschlafen: das UN-Kinderhilfswerk UNICEF hat erst in diesem Jahr seine Präsenz vor Ort verstärkt. Pater Carlos: „Ich halte es für einen Riesenskandal, dass dies der Internationalen Gemeinschaft entgangen sein soll. Wenn sich dieser Konflikt in irgendeiner anderen Weltregion mit strategischen oder wirtschaftlichen Interessen ereignet hätte, dann hätte man schon längst interveniert“.

Ein Grund dafür, dass ein 18 Jahre dauernder Krieg mit zehntausenden Toten und 1,6 Million Binnenflüchtlingen von der politischen Landkarte fällt, ist die Tatsache, dass er in der Hauptstadt Kampala, am Sitz der Entscheidungsträger also, wechselweise totgeschwiegen oder ignoriert wird. (...)

Forderungen nach einer Lösung am Verhandlungstisch stoßen in Kampala weiter auf taube Ohren: Die ugandische Regierung setzt unbeirrt auf die militärische Karte. Zuletzt drohten Geberländer mit dem Einfrieren von Entwicklungshilfe, als Kampala mit Hinweis auf den Krieg im Norden ankündigte, den Wehretat für das kommende Haushaltsjahr um 19 % anheben zu wollen. Die zuständige Ministerin für Wiederaufbau Nordugandas, Grace Akello, verteidigt die

Linie ihrer Regierung: „Die Rebellen werden noch immer vom Sudan unterstützt und haben dort Rückzugsbasen. Deshalb verfolgen wir eine militärische Lösung, und wir haben gar keine andere Wahl. Die LRA versteht nur die Sprache der Gewalt. Also müssen wir in derselben Sprache antworten.“

Pater Carlos, der unlängst bei einem Vermittlungstreffen mit den Rebellen verletzt wurde, als die ugandische Armee entgegen der Absprache den Treffpunkt angriff, hält eine Politik der harten Hand dagegen für völlig verfehlt: „Ja, es gibt einige Regierungsvertreter, die möchten ein Ende des Konfliktes auf dem Verhandlungsweg herbeiführen. Aber dann gibt es die, die die Rebellen unbedingt auf dem Schlachtfeld besiegen wollen. Nun, das geht jetzt schon 17 Jahre lang so. Wenn wir ein schnelles Ende des Konfliktes, und so viele Menschenleben wie eben möglich retten wollen, dann geht das aus unserer Sicht nur durch Verhandlungen. Dazu wiederum benötigen wir die Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft, einer dritten Partei also, die auf beide Seiten Druck ausübt. Denn aus eigenem Willen wird es kaum eine Einigung geben.“

Nun ist die Internationale Gemeinschaft eingeschritten - in Form des Internationalen Strafgerichtshofes, kurz ICC. Am 21. Februar dieses Jahres attackierte die LRA das Flüchtlingslager Barlonya und massakrierte 200 Zivilisten – der schwerste Übergriff seit acht Jahren. Es war diese Bluttat, die den ICC auf den Plan rief. Am Tag nach dem Massaker versprach dessen Ankläger Luis Moreno Ocampo eine rasche Aufklärung des Vorfalles. Gleichzeitig kündigte er die „baldige“ Bekanntgabe einer offiziellen Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in Uganda an. (...)

Auch nicht besser: Kindersoldaten in der Armee

...Skeptiker warnen freilich, dass bis zur Aufnahme der Untersuchung Jahre ins Land gehen könnten. Zudem fürchten Beobachter, dass Ugandas Präsident die Zusammenarbeit mit dem Gericht aufkündigen könnte, wenn Menschenrechtsverletzungen seiner eigenen Armee ins Visier der Ankläger geraten. Kein geringerer als UN-Generalsekretär Kofi Annan beschuldigte Uganda in einem Bericht an den Sicherheitsrat, nach wie vor Kindersoldaten zu rekrutieren und damit gleich gegen mehrere internationale Konventionen zu verstoßen. Noch schlimmer: Einige der Kindersoldaten im Dienst der ugandischen Armee, so haben Menschenrechtsgruppen recherchiert, waren zuvor aus den Händen der LRA gerettet worden - nur um anschließend in die reguläre Streitkräfte zwangsrekrutiert zu werden: eine besonders perfide Methode der im Westen so gelobten „Vorzeigeregierung“ Uganda. (...)

Das UMF-Projekt sucht Menschen, die bereit sind, eine Vormundschaft zu übernehmen

Das Projekt Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein (UMF-Projekt) des Flüchtlingsrats sucht landesweit Menschen, die bereit sind, eine Vormundschaft zu übernehmen für unbegleitete Kinderflüchtlinge unter 18 Jahren und auch UnterstützerInnen, die sich, ebenfalls ehrenamtlich, an der Projektarbeit beteiligen.

Aufgabe der VormünderInnen ist es, den jungen Flüchtlingen, die ohne Eltern und Angehörige nach Schleswig-Holstein gekommen sind, beizustehen im für sie undurchschaubaren komplizierten Asylverfahren, bei der Verteilung in die Landkreise, bei Arztbesuchen, beim Finden von Sprachkursen oder bei einer eventuellen Ausbildungsplatzsuche.

Für UnterstützerInnen in Frage kommen das Erteilen von Fördernachhilfe beim Deutschlernen oder Hausaufgabenhilfe, oder z.B. eine kurzfristige intensive Begleitung in problematischen Lebensphasen der Jugendlichen.

Das Projekt des Flüchtlingsrats bietet den im Projekt ehrenamtlich Tätigen Beratung und Begleitung sowie Urlaubsvertretung an.

Außerdem werden ab Herbst 2004 weitere Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge und Zuwanderungsgesetz, Rückkehr ins Herkunftsland, Kontakte zum Herkunftsland und zu Jugendrecht angeboten. Im Rahmen dieser Schulungen findet jeweils ein Austausch über die alltägliche Arbeit mit den jungen Flüchtlingen statt.

Bereits vorhanden ist ein Pool von ungefähr 50 Interessierten an Vormundschaften, aber die wachsende Anzahl der vom Projekt betreuten UMF erfordert jetzt die Unterstützung des UMF-Projekts durch weitere VormünderInnen.

*Melden sie sich bitte bei Interesse im Büro des UMF-Projekts.
Marianne Kröger oder Margret Best, Telefon 0431-2405828,
e-mail: umf@frsh.de*